

# 60 Euro mehr Nettolohn kosten Unternehmen 190 Euro!

**Weil für Österreichs Arbeitnehmer vom Wirtschaftswachstum nichts abfällt fordert das „Impulsprogramm Wirtschaft“ der FPÖ Entlastungen für den Mittelstand und eine Steuerreform zur Stärkung von Kaufkraft und Konjunktur!**

■ In einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten Bundesparteiobmann HC Strache und Wirtschaftssprecher Bernhard Themessl die Eckpunkte des Freiheitlichen „Impulsprogramms Wirtschaft“ vor.

Angesichts der gravierenden Mißstände in der Wirtschaftspolitik der aktuellen, aber auch der Vorgänger-Regierungen, formulierten die beiden klare Forderungen, deren Ziel eine Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe (KMU) und damit des Mittelstandes sein müsse.

**Wirtschaft boomt, aber Kaufkraft auf dem Niveau von 1992!**

„Österreich weist ein gutes Wirtschaftswachstum auf, das aber sehr viel besser sein könnte und zu einem positiven Budget führen müßte“, mahnte Themessl, und verwies auf die skandinavischen Länder oder Irland, die in den letzten Jahren Budgetüberschüsse erwirtschafteten und ihre Staatsschuld – und damit auch die Zinszahlungen – verringerten.

Besonders problematisch habe sich aber auch ein anderer Umstand entwickelt. „Die Kaufkraft ist nicht mit dem Wirtschaftswachstum gestiegen, sondern auf das Niveau des Jahres 1992 abgestürzt“, kritisierte der FPÖ-Wirtschaftssprecher die verfehlte Steuerpolitik der „selbsternannten Wirtschaftspartei ÖVP“, von der lediglich die Großunternehmen und multinationale Konzerne profitieren würden.

„Einmal mehr erweist sich, daß die FPÖ die einzige österrei-

chische Partei ist, die sich ehrlich für die KMU und den Mittelstand einsetzt“, hielten dem Themessl und Strache entgegen.

Denn eine Kaufkraftstärkung würde das Wirtschaftswachstum automatisch um zusätzlich wenigstens 0,5 Prozent ankurbeln, erklärte Themessl.

Werde im Bereich der Lohnnebenkosten, die im europäischen Durchschnitt viel zu hoch sind, jedoch nicht umgedacht, so gebe es im Jahr 2030 keinen Mittelstand mehr. Davor warne eine Erhebung von Schweizer Wirtschaftsforschern. Themessl untermalte das plakativ: „Will ein Unternehmer einem Mitarbeiter heute monatlich 60 Euro netto mehr geben, so bedeutet das für ihn einen Mehraufwand von 190 Euro. Mit anderen Worten: der Staat holt sich zwei Drittel der Bruttolohnhöhung!“

**Steuerreform schon 2008 – und nicht als billiger Wahlzuckerl 2010!**

Das freiheitliche Wirtschaftsprogramm ziele daher auf die Stärkung und Entlastung der Betriebe und der Steuerzahler ab. „Leistung soll sich endlich wieder lohnen und der Mensch muß im Mittelpunkt aller Überlegungen rund um eine gesunde Wirtschaft stehen“, erklärte dazu Strache.

Als wesentliche Forderungen im Steuerbereich nannte Strache das Familiensteuersplitting, zur

Foto: Robert Lizar



Steigerung der Kaufkraft von Familien, dazu die steuerliche Absetzbarkeit von Kinderbetreuungsleistungen sowie ein Kindererziehungsgeld mit voller Anrechnung auf die Pension. Aufgrund der Preisexplosionen der letzten Wochen fordere die FPÖ die ersatzlose Streichung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot und Milch. Zur Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe fordere die FPÖ die gänzliche Streichung der Bagatellsteuern (Steuern, deren Verwaltungsaufwand höher ist, als die Einnahmen), die Abschaffung der Mindestkörperschaftsteuer, damit die Betriebe ihr Eigenkapital stärken und ihre Liquidität verbessern könnten, sowie die Steuerfreiheit für Gewinne, die im Betrieb bleiben. Ein weiteres Thema, das man seit 25 Jahre einfordere, sei die Ver-

ringerung des Verwaltungsaufwandes. „Ein Zurückdrängen der Bürokratie ist für den Standort Österreich ein wichtiger Impuls“, mahnte Themessl.

**Echte Ausbildungsinitiativen für Lehrlinge und Arbeitslose**

Impulse verlange die FPÖ auch für eine „aktive Arbeitsmarktpolitik“. Das AMS habe sich – entgegen der momentanen Praxis – ausschließlich mit der Vermittlung von österreichischen Arbeitskräften zu befassen, forderte Strache. Zur ÖVP-Forderung nach mehr ausländischen Facharbeitern konterte Themessl: „Die KMUs bilden weiter Lehrlinge aus. Es war die Industrie, die in den letzten zehn Jahren die Zahl der Lehrstellen halbiert hat und dafür steuerlich auch noch belohnt wurde.“